

Volks-Zeitung

Am 25. April in Versailles.

Die deutschen Delegierten zur Zusammenkunft eingeladen. — Eine Erklärung Wilsons.

Paris, 14. April. (Reuter.)

Präsident Wilson hat heute abend als Wortführer des Rates der Vier folgende Erklärung abgegeben: Angesichts der Tatsache, daß die Fragen, die bei dem Frieden mit Deutschland geregelt werden müssen, ihrer vollständigen Lösung so nahe gerückt sind, daß sie jetzt schnell durch den Endprozeß der Fertigstellung des Entwurfes gehen können, haben diejenigen, welche am längsten über diese Frage beraten haben, beschlossen, anzuraten, daß diese Delegationen, welche am 25. April in Versailles zusammenkommen, mit den Vertretern der assoziierten Kriegsführenden Nationen am 25. April in Versailles zusammenkommen. Dies bedeutet nicht, daß die Beratung dieser Fragen verzögert wird. Man erwartet im Gegenteil, daß jetzt bezüglich dieser Fragen ein schneller Fortschritt gemacht wird, so daß man augenblicklich auch erwarten darf, daß sie in den Fragen, die Italien am unmittelbarsten betreffen, besonders in der adriatischen, jetzt in einer baldigen Verhandlung gelöst werden. Der adriatischen Frage wird zeitlich vor den anderen Fragen der Vorrang gegeben und das skandinavische Problem (continental study) in sein Endstadium gebracht werden. Was speziell zu dem Vertrag mit Deutschland geht, würde auf diese Weise erledigt sein, während zu gleicher Zeit alle anderen Regelungen entsprechend formuliert werden. Es wird anerkannt werden, daß, trotzdem dieses Verfahren eingeschlagen werden muß, alle Fragen der augenblicklichen großen Regelung Teile eines ganzen sind.

Gegen die Sabotage am Frieden.

Aufruf des Allgemeinen Arbeiterverbandes in Frankreich.

Berlin, 15. April.

Ein französischer Rundpruch Lyon vom 14. d. M. meldet: Der Allgemeine Arbeiterverband, der fast 2 000 000

Mitglieder zählt, hat in Paris Plakate mit folgendem Text angebracht:

„Vom August 1914 bis November 1918 ist uns zu wiederholten Malen gesagt worden, daß wir für das Recht kämpften. Diese Versicherung bedeutete der Friede würde den Völkern das Selbstbestimmungsrecht verleihen und auf allgemeine Abrüstung begründet sein. Das einzige Mittel, das die Liquidation Kriegsschulden ermöglicht. Die feierlich gemachten Zusagen werden heute gebrochen. Unsere Diplomaten legen uns heute den Plan eines Völkerbundes vor, der nicht eine Gesellschaft von Nationen ist. Die vierzehn Punkte, die wir uns auch zu eigenen machten, wurden von allen Völkern der Erde in ihrer Sehnsucht nach Gerechtigkeit mit Verfall aufgenommen. Die Arbeiterklasse Frankreichs, die der Auffassung, Krieg dem Kriege zu vertausen, erhebt sich gegen die Sabotage am Frieden. Die Völker können nicht ständig zu der Qual verurteilt werden, Abgaben zu leisten, die für den Ausgleich der Rüstungsbudgets bestimmt sind. Der Allgemeine Arbeiterverband verurteilt jede Blockadepolitik, jeden politischen Trud oder jede bewaffnete Intervention, wodurch die Formel der französischen Revolution wirksam wird. Jede Nation hat allein die Macht, sich Geleise zu geben, und das unantastbare Recht, sie zu ändern. Die Absicht, dieses Recht mit Gewalt einem fremden Volke zu nehmen, bedeutet, ein Feind der Menschheit zu werden.“

Der Allgemeine Arbeiterverband ruft die öffentliche Meinung und das Gewissen der sozialistischen Organisation auf, gegen diese Zustände anzukämpfen. Der Allgemeine Arbeiterverband verurteilt jede Fortsetzung des Krieges und fordert dringend den Abschluß eines wahren Friedens, den alle Völker unterschreiben können.

Der Raub des Saarbeckens.

Bern, 15. April.

Zur Regelung der Frage des Saarbeckens schreibt die „Humanität“: Wir erwarten mit einem Gefühl von Schrecken und Ekel die Veröffentlichung der definitiven Klausel, die dieses historische Verbrechen gutheißt. Falls Wilson nicht doch noch im letzten Augenblick von einer Aufhebung der Empörung fortgerissen wird.

Der Streiktaumel in Braunschweig.

Gegen die Fortsetzung des Generalausstandes.

Braunschweig, 15. April.

Heute nachmittag fand im Schloß eine Sitzung des revolutionären Aktionsausschusses statt, in der darüber beraten wurde, ob der Generallstreik fortgesetzt werden solle. Für die Fortsetzung des Streiks erhaben sich keine Stimmen. Es wurde beschlossen, am Mittwoch den Generallstreik abzubrechen, wenn die Beamtenschaft den Dienst wieder aufnimmt und wenn die Arbeiter der sich bereit erklären, die Streiktag zu beenden und von Regierungen abzuschließen. Diese Bedingungen lehnen wieder die Beamten und auch die Arbeitgeber zu und weg ab.

Kriegsspech.

Braunschweig, 14. April.

Heute nachmittag wurden durch hannoversche Flieger hannoversche Zeitungen abgeworfen, die unter anderem die Mitteilung enthalten, daß die Truppen des Generals Maerker im Raum um Braunschweig seien. Auf die Flieger wurde sofort ein heftiges Gewehrfeuer eröffnet, das aber nur den Erfolg hatte, daß ein braunschweigisches Flugzeug getroffen wurde, das zur Verfolgung der hannoverschen aufsteigen war. Die letzteren sind unversehrt entkommen.

Braunschweig, 15. April.

Dr. Schöningh in Braunschweig erklärt der „Volksfreund“: Dr. Barth hat den Genossen viele erdrosselt. Der Führer ist gelähmt. Die Mutter des Dr. Barth ist als Geißel festgesetzt. Ferner sind durch Verben von Handgranaten drei Personen getötet und vier verwundet worden.

Eine Mutter als Geißel festzunehmen, ist eine Barbarei, die schlecht zu dem schönen Humanitätsprogramm passen will.

Die Lage in Dresden.

Ein neuer Oberbefehlshaber.

Dresden, 15. April. (L. U.)

Der militärische Oberbefehlshaber Kirchhoff hat folgende Verordnung erlassen: Für den Bezirk Groß-Dresden übertrage ich dem Generalmajor Frotzler die Durchführung und Anwendung der Bestimmungen über den Kriegszustand. Er ist beauftragt, die von mir erlassenen Bestimmungen zu beschleunigen und zu erweitern. Er arbeitet zusammen mit dem ihm zugeteilten Beauftragten der Regierung, Herrn Wägel. Der Nachfolger des ermordeten sächsischen Kriegsministers als Abwehrminister in der sächsischen Volkshammer wird Oskar Meißner sein.

Dresden, 15. April.

Die Wirtschaftsvereinigungen Kriegsbeschädigter Landesverband Sachsen weisen in einem Schreiben an den „Dresdener Anzeiger“ darauf hin, daß sie in keiner Beziehung zu den jüngsten Vorwärtstreffen seien, und daß die Erfüllung der durch den Reichstag beschlossenen Anträge der Kriegsbeschädigten nur auf streng parteipolitischen Grundlagen von ihnen angestrebt werden.

Massenverhaftungen in München.

Ungelesene Urteile.

München, 15. April. (L. U.)

Von Seiten der Kommunisten sind am gestrigen Tage Massenverhaftungen von Teilnehmern der von der Regierung Hoffmann zum Schutze der Räteregierung veranlaßten Aktionen vorgenommen. Die Verhafteten wurden vor ein Revolutionsgericht gestellt, das in Permanenz tagt. Die Regierung Hoffmann hat von Bamberg aus eine Note an das Revolutionsgericht gelangt, in der auf die Ungelesbarkeit der Urteile hingewiesen wird und in der den Richtern schwere Verletzung für den Fall der Niederwerfung Münchens angedroht wird.

Wiederkehr der Vernunft.

Weiteres Abflauen der Streikbewegung.

Offen, 15. April. (L. U.)

Wie die Firma Krupp mitteilt, ist der Streik auf ihren Werken völlig erloschen. Im Dortmunder Bezirk ist die Lage im großen und ganzen günstiger als in den letzten Tagen. Auf der Seite „Königsborn 3 und 4“ arbeitet die ganze Belegschaft unter Tage. Ebenso wurde auf der Seite „Glückauf-Beleg“ in der Belegschaftsverwaltung mit überwältigender Mehrheit die Wiederübernahme der Arbeit beschlossen. Im Bochumer Revier sprachen sich die Arbeiter in einer Belegschaftsversammlung der Seite „Prinzregent“ mit fast allen Stimmen für die sofortige Wiederübernahme der Arbeit aus. Auf verschiedenen anderen Zechen wurde die Arbeit bereits ebenfalls wieder aufgenommen.

Eine Osterbotschaft des Präsidenten.

Wie wir erfahren, wird der Reichspräsident Ebert in der heutigen letzten Sitzung der Nationalversammlung in Weimar eine Botschaft an das Volk verlesen lassen.

Über 30 Milliarden Schaden durch die Blockade. Die im Reichswirtschaftsrat angestellten Nachforschungen über die wirtschaftlichen Folgen der Blockade haben, wie die „Telegraphen-Kompagnie“ erzählt, die Feststellung ergeben, daß die Schäden der Blockade für Deutschland die Höhe von dreißig Milliarden Mark überschritten haben.

Große Streiks in Marseille. Aus Berichten des „Monat-Progrès“ geht hervor, daß in Marseille seit mehreren Wochen Streiks herrschen, aber die von der Zensur der Nachrichten unterdrückt wurden. Die Streiks hängen namentlich von der Vereinbarung. Nächsten Sonnabend soll in den Streikfragen, aber die das Wort nicht mittel, ein Schiedsspruch gefällt werden, dem sich Arbeiter und Arbeitgeber unterwerfen sollen. Die Schiffbauarbeiter, Metallarbeiter und Hafenarbeiter haben sich die Entscheidung jedoch noch vorbehalten.

Staatliche Unruhen in Mailand. Aus Bern wird gemeldet: In Mailand und der ganzen Lombardie fanden Sonntag sozialistische Versammlungen statt, wobei es in Mailand zu heftigen Zusammenstößen zwischen einer vieltausendköpfigen Menge und der Polizei kam, die in einen Einsatz für gebracht wurde. Die Menge schloß und später von den Soldaten befreit wurde. Der größte Teil des Gerichts über den Vorgang ist im „Avanti“ und „Secolo“ von der Zensur gefahren.

Der Generalstreik der Angestellten in Groß-Berlin beschlossen.

Entscheidung der Obmänner der Groß-Berliner Betriebe.

In Haberkands Festsaal trafen um 11 1/2 Uhr die Obmänner der Groß-Berliner Betriebe zusammen, um über den Generalstreik der Angestellten zu entscheiden.

Nachdem Rathe von der Zentralkommission die Verammlung eröffnet hatte, erstattete Ingenieur Aufhäuser Bericht über die gestrigen Verhandlungen vor dem Volksgesetzrat. Er erklärte, daß das Jugendumd der Metallindustriellen, bezüglich des Mitbestimmungsrechtes weiter zu verhandeln, in diesem Sinne zu spät kam. Er führte dann weiter aus, gegenwärtig werde in Weimar verhandelt. Es befanden sich dort die Metallindustriellen und leider auch Vertreter der Bankbeamten. Wir hätten freilich lieber gesehen, wenn die Bankbeamten sich unserem Vorgehen vollständig angeschlossen hätten. Wir wurden ebenfalls aufgefordert, nach Weimar zu fahren, haben jedoch abgesehen. Die Forderung des Mitbestimmungsrechtes wird seit Monaten erwogen, und wenn der Verband Berliner Metallindustrieller in dieser Frage noch immer zu seinem Vorschlag gekommen ist, so fehlt es ihm an guten Willen. Wir verlangen kein Mitbestimmungsrecht auf die Produktion, sondern lediglich auf Einstellung und Entlassung. Auch die Forderung des Verbandes, unsere Beschlüsse auf 48 Stunden auszuführen, mußten wir ablehnen. Die Tatsache, daß man in Weimar verhandelt, macht uns mißtrauisch, auch hinsichtlich der Verprechungen der Regierung. Der Volksgesetzrat bleibt mit der Streikleitung in Fühlung und wird uns Mitteilung machen, sobald in Weimar eine Verhandlungsbasis gefunden wird. In den letzten zwei Tagen hat die Streikleitung alle Vorbereitungen für den verschärften Streik getroffen. Der Generalstreik wird bereits in den heutigen Nachmittagsstunden in Berlin sich sichtbar machen. Wir haben von einer Proklamation für das Reich vorläufig noch abgesehen, da wir der Ansicht sind, daß die Regierung jetzt baldigst eingreifen wird. Der Streik bleibt ein Streik der Angestellten. Er muß auch rein wirtschaftlich bleiben. Wir rufen die Arbeiter nicht auf, den Generalstreik in kein Rohnkampf, er bleibt vielmehr auf unsere dezenten Forderungen beschränkt. Diejenigen Betriebe, die sich mit der Herstellung von Gas und Wasser befassen, werden von dem Generalstreik nicht berührt, ebenso auch nicht die Betriebe, die gemeinnützigen Zwecken dienen. Hierauf laut auf Antrag ohne weiteres Diskussion die Abstimmung über den Generalstreik statt, bei der sich die Versammlung mit allen Stimmen für den Generalausstand erklärte.

Die Streikleitung erläßt einen Aufruf

In alle Angestellten Deutschlands:

Der soziale Entschädigungskampf der deutschen Angestellten gegen das Unternehmertum ist entbrannt. Aus einer unerträglichem wirtschaftlichen Notlage heraus haben sich alle kaufmännischen und technischen Angestellten der Groß-Berliner Metallindustrie wie ein Mann erhoben, um sich vor mehrmonatlichen ergebnislosen Tarifverhandlungen endlich eine entscheidende und gerechte Entlohnung zu erzwingen. Die tröstliche Aussicht und der ideale Schwung, mit dem die Auslandsbewegung der 50 000 Industriearbeiter vom ersten Tage einsetzte, ward aber auch nur dadurch denkbar, daß es diesmal nicht nur um materielle Werte ging, sondern im Mittelpunkt dieses gewaltigen Kampfes das Mitbestimmungsrecht der Angestellten steht. Es darf künftig nicht von der Entscheidung des Unternehmers allein abhängen, über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und damit über das Sein oder Nichtsein der Angestellten zu entscheiden. Die Massenarbeitslosigkeit, die wir zu beklagen haben, ist vielfach auf die passive Resistenz zahlreicher Unternehmer zurückzuführen, die ohne jede Rücksicht auf die Volkswirtschaft ihre egoistischen Profitinteressen wahren zu müssen. Nach zwölftägigem unentschiedenem Ringen glauben die Berliner Metallindustriellen, die wir als Schrittmacher des gesamten Unternehmertums ansehen, uns unser Mitbestimmungsrecht immer noch streitig machen zu können. Auch die Reichsregierung, die nach langer Zögern grundlegend unsere Forderungen anerkannt hat, bisher den beharrlichen Widerstand des Unternehmertums nicht brechen können. Die Streikleitung fordert zum Schluß alle Angestelltenverbände, ihre Solidarität zu bezeugen und in den Streik einzutreten.

Die streikenden Bankbeamten beim Reichspräsidenten.

Weimar, 15. April. (Eigener Bericht.)

Die gestern hier eingetroffenen Vertreter der streikenden Berliner Bankbeamten sind gestern abend noch vom Reichspräsidenten Ebert im Schloß empfangen worden. Sie begründeten ihre Forderung, die Regierung möchte eventuell im Wege einer Notverordnung das Mitbestimmungsrecht der Angestellten durchsetzen, um so einer weiteren Ausdehnung des Bankbeamtenstreiks auf das Reich und der damit verbundenen schweren Gefährdung des Wirtschaftslebens vorzubeugen.

Reichspräsident Ebert erwiderte: Es sei psychologisch verständlich, wenn die Unternehmer sich so energisch der Forderung des Mitbestimmungsrechtes widersetzen, denn mit der Durchführung dieses Rechtes werde natürlich der Herrenstandpunkt des Unternehmers zu Grade getragen. Der Widerstand des Unternehmers müsse aber wohl aber wohl aber abel angegeben werden. Die Volkregierung sei entschlossen, den Angestellten das Mitbestimmungsrecht in allen das Arbeitsverhältnis betreffenden Fragen zu sichern. Sie habe es in wiederholten Kundgebungen und in der unferzeit veröffentlichten Kabinettsbeschlüsse zum Ausdruck gebracht. Lediglich über den einzuschlagenden Weg und über die Formulierung der Bestimmungen könnten Meinungsverschiedenheiten bestehen. Er nehme an, daß eine Intellektuell-Verständliche Arbeitergruppe wie die Bankbeamten stellen die Einigung nicht an Fragen der Formulierung scheitern lassen würde und er hoffe deshalb zuversichtlich, daß unter Mitwirkung der Regierung eine Verständigung erzielt werde, die dem Bankbeamtenstreik ein Ende mache und dem Gesamtwohl diene.

Die schon gestern mit dem Ministern Bauer, Landsberg und Erzberger begonnenen Verhandlungen werden heute unter